



## Vorwärts in die Sackgasse!

### Description

MagMa veröffentlicht hier in lockerer Folge vier Artikel des Blogs Aufruhrgebiet, die sich kritisch mit dem offiziellen Klimanarrativ auseinandersetzen. Dass Kritik auch aus dem sozialistischen Umfeld kommt, mag auf den ersten Blick verwundern, denn »science is settled« heißt es doch allerorten. 97 Prozent aller Wissenschaftler gingen vom menschengemachten Klimawandel aus, behauptet zumindest der neoliberale Propagandist Rezo. Aber stimmt das überhaupt? Und selbst wenn letzteres zutreffen würde, belegt es noch lange nicht die Wahrheit der Behauptungen, zumal die Wahrheit- oder Falschheit wissenschaftlicher Theorien keine Frage von Mehrheits- oder Konsensentscheidungen ist und schon gar nicht eine der Weltanschauung. Eins steht jedenfalls fest: Während die »Sachstandsberichte« des IPCC immer hysterischer werden, wird das Klimanarrativ im Schatten der vermeintlichen »Corona-Pandemie« für einen bisher ungeahnten Angriff auf den Lebensstandard der Werktätigen genutzt. Die Energie- und Lebensmittelpreise erreichen unter anderem dank der CO<sub>2</sub>-Steuer immer neue Höchststände, Blackouts werden wahrscheinlicher. Diese Entwicklung haben wenige kritische Linke schon 2019 angesichts der damaligen Fridays-for-Future-Demonstrationen vorhergesehen. Damals wurden sie vom linken Mainstream als »Klimaleugner« geschmäht. Heute haben sich ihre Voraussagen leider bestätigt. Grund genug auch für Linke, das offizielle Klimanarrativ kritisch zu hinterfragen. Die Diese Kritik sollte nicht Autoren wie Frank Henning und Fritz Vahrenholt aus dem rechtssozialdemokratischen oder liberal-konservativen Umfeld überlassen werden. Sie bringen zwar häufig ein großes Fachwissen mit, aber garnieren dieses mit Angriffen auf den Sozialismus oder das, was sie darunter verstehen. Überlässt die politische Linke aber wichtige Themen der Rechten, dann stärkt sie damit letztlich nur diese, schwächt sich selber und unterwirft sich zudem noch der desaströsen Politik der Herrschenden.

Die Ampel-Regierung wird die Klimapolitik forcieren. Deren Kern ist die Dekarbonisierung, d. h. der Ausstieg beziehungsweise die starke Reduzierung der Benutzung fossiler Energieträger. Zugleich wird absurderweise auch der Ausstieg aus der CO<sub>2</sub>-freien Kernenergie bis Ende 2022 zu Ende geführt. So wird die Politik der Energiewende (EW) weitergeführt und – nachdem der Ausbau der »Erneuerbaren Energien« (EE) zuletzt ins Stocken gekommen war – wieder beschleunigt.

Dabei sind wesentliche Grundlagen für ein Stromsystem, das auf EE basiert, bisher gar nicht umgesetzt worden: der Netzausbau und v. a die Schaffung von Stromspeichern. Ohne diese macht der weitere Ausbau der EE aber keinen Sinn, weil der phasenweise vorhandene »überschüssige« Strom aus Wind und Sonne nicht verteilt und gespeichert werden kann, um Dunkelflauten – kein Wind, keine Son-

ne – auszugleichen.

Ein Grundmerkmal der EW ist nicht nur die Ersetzung zuverlässiger Stromerzeuger (v. a. Kohle und Kernkraftwerke) durch unzuverlässige (Wind, Solar), sondern auch die Ersetzung von fossiler Energie (Öl, Kohle) durch Strom beziehungsweise Wasserstoff (dessen Herstellung sehr viel Strom benötigt), insbesondere im Verkehrsbereich, beider Heizenergie und der Prozesswärme für die Industrie. Energieintensive Branchen sollen auf Strom und Wasserstoff umrüsten: Chemie, Glasherstellung, Papierproduktion, Hütten- und Stahlindustrie usw. Um welche Dimensionen es dabei geht, verdeutlichen zwei Beispiele: Der BASF-Standort in Ludwigshafen verbraucht so viel Strom wie ganz Dänemark. Das größte Werk des deutschen Aluminium-Herstellers Trimet verbraucht so viel Strom wie drei Großstädte im Ruhrgebiet. Trimet u.a. Großverbraucher mussten schon in den letzten Jahren wiederholt ihre Produktion drosseln, um einen Netzkollaps zu verhindern. Die Großmedien schweigen darüber.

Ziel der EW ist die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Bezeichnenderweise wird dabei aber immer nur die CO<sub>2</sub>-Bilanz des Endnutzers, z. B. eines E?Autos oder eines Stahlwerks betrachtet, nicht jedoch die Gesamtbilanz, das heißt alle Phasen des technologischen Prozesses. So erzeugt ein E?Auto zwar keine Emissionen, doch dessen Herstellung und die Stromerzeugung durchaus, vom Bau und von der Entsorgung der Batterien und den dabei auftretenden Umwelt- und Ressourcenproblemen ganz zu schweigen.

## Die Scherenkrise

Ein Hauptproblem der EW ist die sich immer weiter öffnende Schere zwischen sinkenden Stromerzeugungskapazitäten und steigendem Verbrauch. Allein die letzten Kernkraftwerke (KKW) haben (Stand 2020) einen Anteil von 12,5 Prozent an der Stromproduktion und decken einen großen Teil der Stromgrundlast (die Mindestmenge Strom, die immer erzeugt werden muss). Das Ende der Kernkraft kann nicht durch EE aufgefangen werden – aus zwei Gründen: 1. können die dafür notwendigen Windräder – über 10.000 (!) – nicht in kurzer Zeit gebaut werden; 2. wäre selbst dann, wenn sie vorhanden wären, eine zuverlässige Stromproduktion für die Grundlastsicherung unmöglich, weil Windräder oder Solaranlagen natürlichen Schwankungen unterworfen sind.

Beim Kohleausstieg ist der Zeithorizont etwas länger. Die Ampel plant den Ausstieg bis 2030, also innerhalb von nur 9 Jahren! 2020 lag der Anteil von Kohlestrom in Deutschland bei 24,1 Prozent. Obwohl bei der Verstromung von Gas weniger CO<sub>2</sub> freigesetzt wird als bei der Kohleverstromung ist auch Gasstrom nach der Logik der Klimaschützer nicht klimafreundlich. 2020 wurde 11,6 Prozent des deutschen Stroms aus Gas erzeugt. Strom aus Kernenergie, Kohle und Gas stellte 2020 49,1 Prozent der Gesamtstrommenge. In bestimmten Momenten (nachts, im Winter, bei Wind- und Sonnenflaute usw.) ist deren Anteil aber beträchtlich höher, während die Erzeugung von Wind- und/oder Sonnenstrom oft nahe Null liegt. Das Gerede vom steigenden Anteil der EE am Strommix lenkt nur davon ab, dass die EE eben oft teilweise oder komplett als Erzeuger ausfallen. Wie hoch deren Anteil im Durchschnitt ist, interessiert in der Praxis gar nicht, denn die Verbraucher benötigen jeweils unterschiedliche und konkrete Mengen an Strom und keine Durchschnittsmengen.

Die schnellere Umsetzung der EW, wie sie von den Ampel-Koalitionären und umso mehr von den Greta-Jüngern von FfF gefordert wird, bedeutet also, dass fast die Hälfte (!) der Stromerzeugungskapazitäten verschwinden werden. Das allein ist schon ein Problem, das auch nicht durch Stromimporte gelöst werden kann – zudem der Importstrom v.a. Kohle- oder Atomstrom wäre. Das Dilemma wird noch viel

größer, weil zugleich der Stromverbrauch rapide ansteigen wird. Das ist aber nicht deshalb der Fall, weil der Verbrauch an sich immer weiter steigen würde. Seit 1990 ist der Stromverbrauch in Deutschland fast gleich geblieben und schwankt um den Wert von 550 Terawattstunden (Twh) pro Jahr. Dem Mehrverbrauch durch die Digitalisierung und durch den leichten Anstieg der Bevölkerungszahl (Migration) steht eine bessere energietechnische Effizienz gegenüber.

Dass der Stromverbrauch in den nächsten Jahren steigen wird, hat nur mit der EW und der Dekarbonisierung zu tun. Diese berührt v. a. zwei Bereiche: die Elektrifizierung des Autoverkehrs und die Umstellung der Heizungen (zum Beispiel Fernwärme für Millionen städtische Wohnungen) und der Prozesswärme für die Industrie auf Strom beziehungsweise mit einem Mehrverbrauch von Strom verbundene Techniken (Wasserstoffherzeugung) sowie der Speicherung und Weiterleitung von Strom und den damit verbundenen Verlusten. So gehen zum Beispiel bei der Herstellung von Wasserstoff und seiner Wiederverstromung etwa 70 Prozent der Energie verloren. Pro 100 Kilometer Stromleitung entsteht circa 1 Prozent Verlust.

Die Umstellung von Verkehr und Wärmesektor betrifft v.a. den Erdölverbrauch. Öl, nicht Kohle, ist heute der wichtigste Energieträger mit einem Anteil von 30 Prozent am deutschen Primärenergieverbrauch. Mit der EW muss also die Stromproduktion enorm ausgeweitet werden. Allein die Stromspeicherung, um »Dunkelflauten« zu kompensieren, bedeutet, dass als Ersatz der Speicherverluste mindestens 10 Prozent mehr Strom erzeugt werden muss. Niemand kann genau sagen, wie schnell und in welchem Maße der Stromverbrauch mit der EW steigen wird. Klar ist aber schon heute, dass die Schere zwischen abnehmender Erzeugerleistung und gleichzeitig ansteigendem Bedarf immer weiter auseinander klaffen wird.

Die Folge wären Blackouts oder sog. Brownouts durch das mehr oder weniger geplante Abschalten des Stroms für Teilbereiche. Dass die Gefahr von Abschaltungen und Netzzusammenbrüchen real ist und steigt, zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre – nicht nur in Deutschland sondern weltweit. Es gibt Regierungen, die diese Gefahr sehen und gegensteuern, es gibt auch welche, die aus ideologischer Verblendung weiter mit Volldampf in die Sackgasse rasen – Deutschland gehört zu letzteren. Die Abschaltung der letzten KKW und der kurzfristige Kohleausstieg stellt einen Verlust an Erzeugerkapazität dar, der nicht durch den Ausbau der EE ausgeglichen werden kann, u.a. deshalb, weil der Zubau von Windrädern nicht schnell genug erfolgen, weil allein schon Planung und Genehmigung der Anlagen zu lange dauern. Viele geeignete Standorte sind auch schon zugebaut. Es bliebe die Lösung, auf Mindestabstände zu pfeifen und massiv in Wäldern zu bauen, was aber alles andere als ökologisch wäre.

## Ausbau der »Erneuerbaren«?

Den meisten Menschen ist – Dank unserer Qualitätsmedien – gar nicht klar, dass als Ersatz für Kernenergie und Kohle das gesamte jetzige Volumen von Wind- und Solarenergie, darunter 31.000 Windräder, innerhalb von nur 10 – 15 Jahren verdoppelt werden müsste. Selbst dieser äußerst ambitionierte Ausbau würde aber daran scheitern, dass etwa bei Windflaute alle Windräder still stehen, nichts ändern. Ein weiteres Problem, das meist übersehen wird, ist, dass der Zubau von EE-Anlagen zunächst die alten Anlagen, die ihr Laufzeitende erreicht haben, ersetzen muss. Die technische Laufzeit (und auch der Förderzeitraum) von Windrädern und Solaranlagen beträgt 20 Jahre. In den kommenden Jahren erreichen viele Anlagen ihr Betriebsende. Die Ersetzung dieser Ausfälle wird einen Großteil des Zubaus auffressen.

Dazu kommt noch, dass bestimmte Teile der EE nicht weiter ausgebaut werden können. Das betrifft Wasserkraft und Biomasse, weil es für erstere keine geeigneten Standorte gibt und für letztere, weil schon heute circa 1/6 der Agrarfläche aus Energiepflanzen (Mais, Raps) besteht, die zur Erzeugung von Biogas- und Biosprit genutzt werden. Solarenergie ist angesichts fehlender Speicherkapazitäten ohnehin keine wesentliche Option, weil sie bei Dunkelheit und im Winter, wenn der Strombedarf am höchsten ist, nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung steht. So kann die EW nur durch einen massiven Ausbau der Windenergie erfolgen. Für 30.000 neue Windräder wären aber allein 150 Mill. Tonnen Material nötig, v. a. Beton und Stahl, bei deren Erzeugung Unmengen CO<sub>2</sub> freigesetzt werden.

## Ausweg Stromhandel?

Befürworter der EW verweisen darauf, dass Deutschland netto mehr Strom exportiert als importiert, dass es also genug Strom gebe und auf traditionelle Erzeuger verzichtet werden könne, wenn die EE ausgebaut würden. Bisher wurden immer mehr Erzeugungskapazitäten installiert. Der Überschussstrom wird exportiert. Der Höhepunkt des Stromexports war 2017 erreicht, als 55 TWh mehr exportiert als importiert wurden. Bis 2020 ist dieser Überschuss aber auf nur noch 21 TWh gesunken.

Was sagen uns diese Zahlen? Zunächst einmal, dass zwischen Strombedarf und ?erzeugung seit Beginn der EW ein immer größeres Missverhältnis existiert. Wurde früher fast zu 100 Prozent bedarfsgerecht produziert und über das europäische Verbundnetz nur Strom geleitet, um kurzfristige Schwankungen, zum Beispiel durch Havarien oder Leitungsausfälle, zu überbrücken, öffnet sich nun eine riesige Kluft. Auf der einen Seite gibt es immer mehr Phasen, in denen Strom fehlt, weil Windflaute herrscht und keine Sonne scheint, oder aber Wind- und Solaranlagen erzeugen so viel Strom, dass niemand ihn verwenden kann. Der dann exportierte Strom wird aber in den Empfängerländern auch nicht gebraucht, sondern nur deshalb abgenommen, weil er zu Dumpingpreisen oder sogar kostenlos verramscht wird. Bezahlen müssen diesen Unsinn die Verbraucher über die steigenden Strompreise – geregelt durch das EEG.

War früher der Strommarkt (nicht nur in Deutschland) stark staatlich, de facto planwirtschaftlich reguliert, ist er mit der EW liberalisiert worden und funktioniert daher heute zunehmend chaotisch. Die deutsche EW unterminiert so auch das gesamte europäische Stromsystem. Würden unsere Nachbarländer ebenfalls die deutsche EW-Politik verfolgen – was sie überwiegend nicht tun -, hätten sie die gleichen Mangel- oder Überschussprobleme wie wir und könnten uns beim Strom nicht aus der Patsche helfen. Der Grund ist ganz einfach: die Wetterlagen, Hochs und Tiefs, sind sehr großflächig und halten sich nicht an Landesgrenzen. Oder anders gesagt: Weht in Deutschland kein Wind, ist das in den Nachbarländern überwiegend auch so. Die These »Irgendwo scheint immer die Sonne und weht der Wind«

mag naive grüne Gemüter überzeugen, mit der Realität hat sie wenig zu tun.

Bisher war die Tatsache, dass immer mehr Erzeugungskapazität aufgebaut wurde, »nur« eine gigantische Verschwendung von Ressourcen, die zu enormen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Schäden geführt hat. Die Stromversorgung war aber noch weitgehend gesichert. Der Hauptgrund dafür war aber, dass es die meisten zuverlässigen Erzeuger (v.a. KKW, Kohle, Gas) noch gab, die nicht nur die Grundlast sicherten, sondern auch bei Verbrauchsspitzen zugeschaltet werden konnten. Verschwinden diese aber – noch dazu in sehr kurzer Zeit -, nähert sich das System immer mehr dem Kollaps. Längere Dunkelflauten von mehreren Tagen, die in Deutschland jedes Jahr auftreten (Inversionswetterlagen), können dann aber kaum noch per Stromimport überbrückt werden, weil der deutsche Bedarf – der durch die Dekarbonisierung auch noch stark zunimmt – die Kapazitäten unserer Nachbarn weit übersteigt. Davon abgesehen ist der Importstrom meist Kohle- oder Atomstrom. Wie schalten unsere Kohle- und Kernkraftwerke ab, um dieselbe Art von »schmutzigem« Strom vom Nachbarn zu beziehen. Das nennt sich dann Klimaschutz!

## Wer soll das bezahlen?

Die künftigen Ampelkoalitionäre haben bereits verkündet, dass ihr Klimaschutz bis in die 2030er Jahre etwa 500 Milliarden Euro kosten wird – und das ist nur das staatliche Geld, zu dem noch etwa die gleiche Summe privater Investitionen hinzukommen müsste. Verschiedene internationale Agenturen beziffern die Kosten der weltweiten Energiewende bis 2050 auf etwa 1.500 Milliarden Dollar. Diese Zahlen sind nach allen Erfahrungen noch untertrieben. Allein der Bau von 30.000 neuen Windrädern in Deutschland (derzeit gibt es 31.000) würde etwa 30.000 x 5 Mill. Euro = 150 Milliarden Euro kosten. Der Ausbau ausreichender Speicherkapazitäten würde (je nach Anteil der EE) nochmal 600 – 1.000 Milliarden Euro kosten.

Inzwischen gibt es auch zahlreiche Berichte und Studien darüber, was die technische Umrüstung der Industrie auf Wasserstoff kosten würde. Bereits bei einem einzelnen Stahlwerk geht es da um eine Milliardensumme. Wie immer wird die Öffentlichkeit aber über die wirklichen Kosten und technischen Probleme meist im Unklaren gelassen. Das folgt schon daraus, dass fast alle Politiker, Journalisten, sog. »Experten« und die Aktivisten von FfF über Null technischen und naturwissenschaftlichen Sachverstand verfügen und sachkundige Kritiker des Klima- und EW-Hypes fast nie zu Wort kommen.

## Fazit

Die Pläne zum forcierten Ausstieg aus Kohle und Kernkraft reduzieren den Bestand an (zuverlässigen) Stromerzeugern gewaltig. Zugleich nimmt der Stromverbrauch durch E-Mobilität, Umstellung des Wärmesektors, Leitungs- und Speicherverluste deutlich zu. Dadurch geht die Schere zwischen Erzeugung und Bedarf bedrohlich auseinander. Erfolgt der Netz- und Speicherausbau aber zu langsam, was derzeit schon sicher ist, drohen Netzkollapse und Stromausfälle. Das Funktionieren von Wirtschaft und sozialem Leben ist gefährdet. Die These, dass Deutschland zum Entwicklungsland degeneriert, ist also durchaus nicht ganz abwegig.

Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass der grün übertünchte Wahnsinn ewig so weitergeht. Bisher hat das Kapital insgesamt mit der EW gut leben und verdienen können. Die EW wirkte als riesiges Konjunkturprogramm. Ist aber das Funktionieren von Wirtschaft und Infrastruktur gefährdet und damit auch die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands bedroht, wird sich die Bourgeoisie massiv gegen die »grünen«

Weltretter richten. Widerstand ist aber auch zunehmend von der Bevölkerung zu erwarten, die mit immer höheren Energiekosten, Öko-Steuern und Einschränkungen leben muss.

Natürlich wäre es besser, die grün etikettierten Fehlentwicklungen zu beenden, bevor der Schaden noch größer wird. Dafür ist es aber nötig, dass die Linke und die Arbeiterbewegung sich vom Dogma der drohenden Klimakatastrophe verabschieden und sich der EW und der damit verbundenen Zerstörung des Energiesystems entgegenstellen. Die Linke, Gewerkschaften, Vertreter der Energiekonsumenten und wirkliche Energiefachleute (Naturwissenschaftler, Ingenieure, Techniker) müssen Treffen und schließlich eine bundesweite »Energiekonferenz« organisieren, auf der die Problematik diskutiert und ein nationaler »Energieplan« erarbeitet wird.

Dabei stellt sich einerseits die Frage der künftigen Energietechnik. Anstatt teurer und ineffizienter Wind?, Solar- und Biogasanlagen müssen Kernkraftwerke der III. und IV. Generation nach und nach die Grundlage des Stromsystems bilden. Sie werden tw. bereits seit Jahren verwendet oder nähern sich der Serienreife. Alle (!) bisherigen realen oder suggerierten Probleme der Kernkraft (Baukosten, Sicherheit, Endlagerung usw.) sind dann Geschichte. Selbst in den Reihen der Klimaschützer und in der Bevölkerung wächst langsam die Erkenntnis, dass die Entwicklung der Kerntechnik weitergegangen ist und die EE keine generelle Lösung bieten. Die krude Atomphobie ist ohnehin nur in Deutschland so ausgeprägt.

Andererseits stellt sich die Frage, wem das Energiesystem gehört, wer es kontrolliert und wem es nützt. Seit Jahren erleben wir ein absurdes Hin- und her von Etatismus und neoliberalen Maßnahmen. Die Energieversorgung berührt die grundlegenden Lebensinteressen aller Menschen. Sie darf daher nicht in privater Hand liegen, aber auch nicht dem staatlich-bürokratisch-politischen Filz unterliegen. Die Energiekonzerne müssen enteignet werden! Doch das Energie- beziehungsweise das Stromsystem können – u.a. aufgrund ihres systemischen Charakters – auch nicht als kleingliedrige Unternehmen oder Genossenschaften organisiert werden. Dem bestimmenden Zugriff des bürgerlichen Staates und des großen und kleinen Privatkapitals müssen wir die Kontrolle des Energiesystems durch demokratische Strukturen der Beschäftigten im Energiesektor, deren Gewerkschaften, den Konsumenten und Wissenschaftlern und Technikern ihres Vertrauens entgegenstellen! Den technisch wie sozial absurden »grünen« Plänen eines Wildwuchses von kleingliedrigen Betreibern, die Energie-autark seien (was mit EE gar nicht möglich ist und zu unerhörten Aufwendungen an Leitungs- und Speichertechnik führt) muss entgegengetreten werden!

Marxisten waren niemals Gegner oder Skeptiker der Produktivkraftentwicklung, im Gegenteil. Sie haben immer betont, dass die entscheidende Frage ist, unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen Produktivkräfte entwickelt und angewendet werden. Für wirkliche Marxisten ist die Frage zentral, welche Klasse die Produktivkraftentwicklung bestimmt und deren Einsatz kontrolliert. Die in der Linken verbreitete Atomphobie, ihre Tendenz der Fortschritts- und Technikfeindlichkeit zeigt nur, wie degeneriert sie ist. Wenn die Linke ihren Irrtum in Sachen Klima und Energie nicht korrigiert, wird sie, wenn die EW endgültig im Desaster gelandet sein wird und sich der Klimaalarmismus als unwissenschaftliche Ideologie entpuppt, die massive Wut der Massen zu spüren bekommen – sie hätte es verdient.

Dieser Text erschien zuerst bei [Auf?ruhr?ge?biet?.de](http://Auf?ruhr?ge?biet?.de)

